

DIE KRISE DER REGULIERER

Warnung vor zu viel Vertrauen in Finanzmarktreform

Wirtschaft, Seite 31

DAS «CHINESISCHE MODELL»

Zwischenbilanz nach einem spektakulären Aufschwung

Fokus der Wirtschaft, Seite 37

DAS FED TREIBT DIE MÄRKTE HÖHER

Kurzfristiges Rally contra langfristige Folgen

Börsen und Märkte, Seite 39

SPORT

Marathonläufer Röhlin in der grossen Welt von Gebrselassie

Seite 56

Eine neue Banken-Welt

Die «Weissgeldstrategie» bringt Anpassungsdruck

Die Spielregeln für die grenzüberschreitende Vermögensverwaltung werden umgeschrieben. Die Schweizer Banken kommen unter verstärkten Druck, erhalten aber auch neue Chancen.

hus. · Der Bundesrat sagt es offiziell: Die Schweiz habe kein Interesse daran, unbesteuerter Gelder aus dem Ausland anzuziehen. Die Ausdehnung der internationalen Amtshilfe in Steuerfragen, die Aussicht auf eine neue Abgeltungssteuer und verschärfte Kontrollanforderungen der Aufsichtsbehörden setzen den Schweizer Vermögensverwaltungsplatz unter Anpassungsdruck. Teile der helvetischen Ausprägung des Bankheimnisses sollen zwar weiterleben, doch zumindest die offizielle Schweiz, zermürbt durch den ausländischen Druck, will sich nicht mehr als Fluchthafen für Steuerhinterzieher anbieten.

Die Umstellung auf die neue Welt wird für einige Schweizer Institute ruppiger ausfallen als für andere. Die Konsolidierung im Bankensektor werde sich verstärken, betonten Vertreter der Beratungsfirma Ernst & Young (EY) am Freitag an einem Seminar vor über 100 Branchenvertretern in Zürich. «Konsolidierung» heisst hier unter anderem Übernahmen, Teilverkäufe und Konzentration von Instituten auf wenige Märkte oder Kundensegmente. Dieser schon vor Jahren prognostizierte Trend ist laut den EY-Beratern bisher vor allem darum kaum Tatsache geworden, weil die Unsicherheit über die Zukunft der unbesteuerten Vermögen als Hemmschuh gewirkt und auf die Preise gedrückt habe. Die Regularisierung bisher unbesteuerten Vermögen durch eine Abgeltungssteuer werde das Interesse an Übernahmen fördern.

Einbruch unwahrscheinlich

Viele fragen sich, wie weit wegen des Übergangs zur «Weissgeldstrategie» Kundengelder abfliessen werden. Konkrete Prognosen mochte am Freitag niemand von den Fachleuten machen. Der Tenor: Mit der Einführung der Abgeltungssteuer dürfte der Bankenplatz Schweiz zwar gewisse Kundengelder verlieren und Margeneinbussen erleiden, doch könnte er im Gegenzug für steuererliche Ausländer imagemässig attraktiver werden. Chancen erhalten die Schweizer Banken auch durch erhoffte (noch auszuhandelnde) Marktverbesserungen im Ausland. Per saldo sei eher nicht mit massiven Einbussen zu rechnen, auch wenn vor allem

kleinere Institute ohne Auslandpräsenz und mit hohen Anteilen an unbesteuerten Kundenvermögen grössere Schwierigkeiten erwarten müssten.

Laut dem Zürcher Bankenprofessor Martin Janssen könnte die Abgeltungssteuer vor ihrer Einführung gar einen Sonderzufluss in die Schweiz bringen – wenn zum Beispiel britische oder deutsche Steuerpflichtige bisher undeclariertes Vermögen von Steueroasen wie den Kanalinseln in die Schweiz verschieben, um es via Abgeltung zu legalisieren. Janssen deutete an, dass die Abkommen, welche die Schweiz mit ihren Partnerstaaten aushandeln wird, dies wohl zu unterbinden versuchen werden. Allerdings ist nicht offenkundig, wie weit die Unterbindung solcher Transfers überhaupt im Interesse der Partnerstaaten wäre.

Heikle interne Verschiebung

Klar nicht im Interesse der Vertragspartner wären Geldabflüsse von der Schweiz in Drittstaaten. Zu den oft genannten Ausweichorten zählen Singapur oder Hongkong. Allerdings würde der sprichwörtliche deutsche Zahnarzt mit 500 000 undeclarierten Euro sein Geld kaum ohne Not ins ferne Asien verschieben wollen, wie Branchenkenner betonten. Etwas anders könnte das Bild bei zwei- oder dreistelligen Millionenvermögen aussehen.

Theoretisch wäre eine Umgehung der Abgeltungssteuer bereits durch eine bankinterne Verschiebung von Kundengeldern aus der Schweiz zum Beispiel an die Niederlassung in Singapur möglich. Die Mitarbeiter der betroffenen Bank müssten aber in solchen Fällen unter Umständen mit Anklagen wegen Beihilfe zu Steuerhinterziehung rechnen, wie die EY-Experten andeuteten. Auch Vorwürfe über das bewusste Umgehen von Staatsverträgen wären zu erwarten. Eine grössere Schweizer Bank hat bereits klargemacht, dass sie intern solche Verlagerungen verbieten werde. Die Verhandlungspartner der Schweiz könnten zudem versucht sein, zumindest für die Übergangszeit ein generelles Verbot solcher internen Verschiebungen undeclarierter Vermögen durchzusetzen.

Schwieriger wird es, wenn ein Kunde kurz vor der Einführung einer Abgeltungssteuer sein Vermögen von der Schweizer Bank A zur Singapur Niederlassung der Schweizer Bank B transferieren will. Wie weit hier die Bank B abklären müsste, ob keine Steuerflucht im Spiel ist, gehört ebenfalls zu den offenen Verhandlungspunkten.